Alternative für Deutschland / Ratsfraktion Witten		16.12.2024
An: Herrn Bürgermeister Lars König		Anfrage/Antrag-Nr.: 01/12/2024
\boxtimes	Antrag gemäß	Nachrichtlich
	§ 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)	Bürgermeister Ausschussvorsitzende AfD
	Vorschlag zur Tagesordnung	Bürgerforum + CDU
	(§ 48 GO i.V.m. § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung:	FDP Grüne
	im Rat am 16.12.2024	☑ Linke☑ Piraten
	Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	✓ SPD✓ Stadtklima✓ WBG
		fraktionslose Ratsmitglieder
Bes	Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GC chlussvorschlag:	
(Fes	Rat der Stadt Witten beauftragt die Verwaltung die Verwaltustsetzung der Grundsteuer-Hebesätze ab dem 01.01.2025 zur Grundsteuerreform im Rahmen einer neuen Hebesatzsatzun	aufkommensneutralen Umsetzung
	r Rat der Stadt Witten beschließt die Satzung über die Festset Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer der Stadt Witten (H	
diff	ı: r Rat der Stadt Witten beschließt für den Satzungsbeschluss z <u>erenzierten Hebesatzes</u> für Wohn- und Nichtwohngrundstück teres ein <u>Grundsteuerhebesatz von 910 Prozent</u> für Wohngru	e. Ab dem Jahr 2025 gilt in Witten bis auf
Beg	ründung:	
Spit	Jahren werden Wittens Bürger und Unternehmen durch ein	en schwindelerregenden Hebesatz finan-

Bei einer Untersuchung vom Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V. landet Witten auf dem letzten Platz. Während in Regensburg 335 Euro für ein typisches Einfamilienhaus fällig werden, sind es für ein vergleichbares Haus in Witten 771 Euro.

Nicht seriös kalkulierte städtische Bauprojekte, die zu Millionengräbern werden, so genannte Klimaschutzprojekte die Gelder ohne jeden Mehrwert verschlingen, eine Mobilitäts- und Energiewende, die zum Scheitern verurteilt sind und immer weiter steigende Transferaufwendungen, lassen Wittens Verschuldung jedes Jahr um gewaltige Beträge anwachsen. Es ist endlich an der Zeit, dass Hausbesitzer und Mieter in Witten – entgegen den vorliegenden Plänen der Stadtverwaltung – nicht weiter für die Verfehlungen von Stadtverwaltung und Altparteien-Politik zur Kasse gebeten, sondern merklich entlastet werden.

Die finanzielle Gesundung unserer Stadt darf nicht auf dem Rücken der ohnehin konjunkturell herausgeforderten Unternehmen und schon gar nicht zu Lasten der vielen Haus- und Grundbesitzer in unserer Stadt erfolgen. Stattdessen haben Stadtverwaltung und Politik in Zukunft durch eine verantwortungsvollere Ausgabenpolitik und eine Beschränkung auf die absoluten Pflichtaufgaben die massive Weiterverschuldung unserer Stadt zu stoppen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Ratssitzung.

Mit kollegialen Grüßen

gez. gez. gez.

Matthias RenkelKarin Heike HoppeJan EickelmannFraktionsvorsitzenderStellv. FraktionsvorsitzendeRatsmitglied

Quellen:

https://www.hausundgrund.de/grundsteuerranking-regensburg-top-witten-flop